

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 12

Artikel: Politisch werden
Autor: Hartmann, Horst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340174>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stärkeren galt, und dieser Stärkere eben aufgrund seiner Stärke in der Lage war, dieses Prinzip durchzusetzen, so lässt sich heute sagen, dass in Gesellschaften der wissenschaftlich-rationalen Kultur insbesondere Intelligenzunterschiede auf sehr vielfältige und teilweise versteckte Weise zur Rechtfertigung wichtiger gesellschaftlicher Ungleichheiten dienen. Die Intelligenzzentrierung bedeutet, dass die Fähigkeiten im sprachlich-grammatischen und numerisch-rechnerischen Bereich zum Nadelöhr für nahezu jede anerkannte soziale und berufliche Position unserer Gesellschaft geworden sind. Ich spreche nun keineswegs dafür, diese Fähigkeiten nicht zu pflegen und auszubauen. Ganz im Gegenteil. Aber gleichwertig zu diesen Fähigkeiten müssen soziale, kommunikative, praktische, manuelle, musische, handwerkliche oder sportliche treten.

Für mich heisst das, dass

- die Abschlüsse in der beruflichen Bildung nicht weiterhin prinzipiell unter denen der Allgemeinbildung rangieren dürfen,

- alle in allgemeinbildenden Einrichtungen ein berufsbildendes Fundament und

- alle in berufsbildenden Stätten ein gutes Mass an sprachlich-numerisch-ästhetischer Kompetenz erwerben sollten,

- die Berechtigungen aus berufsbildenden Abschlüssen denen der Allgemeinbildung angeglichen werden; der Staat könnte in seiner Personalpolitik Vorbild sein.

Ich bitte um Nachsicht, dass ich viele Fragen nicht beantwortet und manches Problem ausgespart habe. Mein Referat entstand natürlich aus bundesdeutscher Sicht.

Mir ging es vor allem darum, einen Zustand zu beschreiben und für seine Überwindung zu wer-

ben, den Erich Fromm als «Haben» bezeichnet. In seinem Buch «Die Revolution der Hoffnung» schreibt er: «Der moderne Mensch *hat* alles: ein Auto, ein Haus, einen Beruf, Kinder, eine Ehe, Probleme, Ärger, Befriedigung – und wenn das alles nicht genügt, hat er seinen Psychoanalytiker. Er *ist* nichts.» Diesem «Haben» das «Sein» entgegenzustellen, ist eine Zukunftsaufgabe der Bildung. Und dieses Ziel ist alt, es ist – um mit Karl Marx zu sprechen – die allseitig entwickelte Persönlichkeit.

«Sein» – das kann man politisch wollen; man muss es zuerst lernen; in Schulen, Hochschulen und Werkstätten, in Weiterbildungsstätten und Akademien.

Dass man es dort lernen kann, dafür sollten wir arbeiten – mit Eltern und Pädagogen, für unsere Kinder und Jugendlichen. Und mit ihnen für eine demokratisch-humane Zukunft!

Politisch werden

Von Horst Hartmann

Bei der Jahresversammlung der Arbeitsgruppe Goethe-Institute der GEW hat Dieter Wunder, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Situation der Gewerkschaften nach den Arbeitskämpfen in der Druck- und Metallindustrie unter die Lupe genommen. Angesichts der Stimmen, die ein Verbändegesetz fordern, angesichts der Rechtfertigung der Aussperrung durch das Bundesarbeitsgericht – in Europa ein einzigartiger Vorgang – und in Anbetracht der geplanten Einengung des Streikrechts,

stehen die Gewerkschaften vor einer schweren Bewährungsprobe.

Wunder ist davon überzeugt, dass – nach den Zielen der Regierung und Unternehmer – die Gewerkschaften in die Rolle von Bittstellern gedrängt werden sollen, zu Handlangern, gut genug dazu, um Unruhen zu vermeiden.

Wunder sieht in den Gewerkschaften die einzige Kraft, die sich «geschlossen gegen die Politik der Wende ausspricht», zumal die SPD mit ihren eigenen Problemen zu tun hat. Im jetzt entstandenen Unternehmerstaat herrscht die Wohlfahrt einer «Zwei-Drittel-Gesellschaft» auf Kosten des restlichen Drittels, Alten, Frauen, Kranken, Behinderten, Jugendlichen, Arbeitslosen.

2,2 Millionen Arbeitslose führten bislang zu keiner politischen Erschütterung. Darin sieht Wunder einen gesellschaftspolitischen Skandal. Er warnt aber auch die Gewerkschaften vor einer Fehleinschätzung. Sie sollten sich hüten, die Grünen zu kritisieren, solange sie nicht selbst «überzeugende Vorkämpfer für einen wirklichen Umweltschutz» sind. Er hält sogenannte «Sonderinteressen», wie sie im Kohlebergbau und in der Chemie erkennbar sind, für abträglich. Wenn erst «Lebensinteressen von anderen Organisationen wahrgenommen werden», könnte das «wirklich den Lebensnerv der Gewerkschaft treffen».

Der Boss der Lehrgewerkschaft ist vom tiefgreifenden Wandel durch die Informations- und Kommunikationstechnologien überzeugt und rechnet mit starken Veränderungen der Arbeitsplätze. Deshalb hält er neue Arbeitskampf-formen wie Betriebsbesetzungen oder Strategien der Studenten-, Anti-AKW- und Friedensbewegung für wichtig.

Seine Lehre aus den Arbeitskämpfen des Jahres 1984 lautet: «Die Gewerkschaften müssen politischer werden als bisher.»

Neue Bücher

Proletarier unterwegs

Die Lebensberichte berühmter Persönlichkeiten der Geschichte sind zahlreich, obwohl solche Menschen – folgt man ihrer eigenen Selbsteinschätzung – angeblich selten sind. Umgekehrt scheint es den Arbeiterinnen und Arbeitern zu gehen: ihre Zahl ist so unüberschaubar, wie die von ihnen verfassten Autobiographien zur Ausnahme gehören. Durch das vorliegende Buch kann eine solch klaffende Lücke nicht geschlossen, aber indem in diesem Band Proletarier über ihre Lebenswege zwischen Normalität und Ausnahme, zwischen Alltag und Politik berichten, kann dieses Defizit verringert werden.

Die, die hier dem Sozialhistoriker Alexander von Plato ihr Leben zu Protokoll gegeben haben, sind zwischen 1899 und 1930 geboren. Sie haben im Ruhrgebiet der Nachkriegszeit Funktionen im Betriebsrat und in den Gewerkschaften ausgeübt – vor allem in der Industriegewerkschaft Metall; die meisten hat ihre gesellschaftspolitische und individuelle Entwicklung zur Sozialdemokratie geführt, auch wenn viele zuvor anderen politischen Leitlinien folgten und sich in entsprechenden Organisationen beheimatet fühlten.

Folgt man der Organisationsgeschichte der Gewerkschaften, so begann für diese Frauen und

Männer nach 1945 eine neue Zeitrechnung: Das Kriegsende war nicht nur die Niederlage des Nationalsozialismus, sondern auch die «Stunde Null» und mit ihr der Neubeginn «von Grund auf». Betrachtet man jedoch die Lebensgeschichten der Gewerkschafter, so wie sie sie selbst erzählen, dann wird die «Stunde Null» als Mythos entlarvt, in dem die Erfahrungen und Prägungen, die für diese Gewerkschafter die Weimarer Republik und das Dritte Reich bedeuteten, verschwiegen werden. Doch anhand der Geschichten dieser Personen lassen sich eben jene Erfahrungen nachzeichnen, die sie während der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus, des Kriegs und der unmittelbaren Nachkriegszeit gemacht haben. Und es lässt sich zeigen, welche Bedeutung diese Erfahrungen für ihre Tätigkeit im Betrieb, in der Gewerkschaft und in der Sozialdemokratie und für ihr Verhältnis zur Bundesrepublik hatten.

So sind diese lebensgeschichtlichen Erfahrungen der hier erzählenden Personen entsprechend ihrer Altersgruppe, ihrer politischen Herkunft oder ihrem Geschlecht deutlich unterschieden: waren die Älteren noch von der Zeit der Weimarer Republik oder gar des Kaiserreichs geprägt, so waren die Jüngeren im Nationalsozialismus aufgewachsen und vor allem von der Hitlerjugend und dem Bund Deutscher Mädel in den Griff genommen worden. Waren während der Weimarer Republik das katholische Zentrum und die KPD im Ruhrgebiet die dominanten politischen Parteien der Arbeiterklasse, so wurde dies die SPD in der weiteren Nachkriegszeit.

Mit diesen unterschiedlichen Voraussetzungen sind diese Personen nach Kriegsende an die Reorganisation ihres privaten Lebens oder an den Aufbau

der Betriebe, der Gewerkschaften, der Parteien und «mitbestimmter Institutionen» gegangen; und so haben sie auch als «Basiselite» ihre Bedeutung gewonnen.

Über die Erfahrungsgeschichte der Funktionsträger der Arbeiterklasse in der Nachkriegszeit soll hier kein geschichtswissenschaftliches Bild entworfen werden, sondern sollen die betroffenen Personen hier selbst zu Wort kommen.

Alexander von Plato, «Der Verlierer geht nicht leer aus», Betriebsräte geben zu Protokoll. Dietz Taschenbuch. 220 Seiten.

Entlassen ins Nichts

Die erste deutsche Republik wurde nur 15 Jahre alt. Ihr Scheitern, wenn auch nicht allein, war massgeblich durch Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit verursacht worden, die von dem konservativen nationalen Kabinett Brüning mit der Kürzung der tariflichen Löhne und Gehälter, der Herabsetzung der Renten, empfindlichen Senkungen der Arbeitslosenunterstützung und Abbau der Sozialleistungen beantwortet wurden – alles auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung und zugunsten nur eines Krisengewinners: des Kapitals.

Die zweite Republik besteht jetzt mehr als 30 Jahre, und ihre politische und gesellschaftliche Stabilität wird bislang kaum in Frage gestellt. Doch auch sie ist mit einer scheinbar kaum eindämmbaren Wirtschaftskrise und damit verbundenen Massenarbeitslosigkeit konfrontiert. Und auch sie be-